

## Kaum zu glauben, aber amtlich: Bonn statistisch gesehen

- Im Sommer 2015 verließen 122 junge Bonnerinnen und Bonner die Schule ohne Hauptschulabschluss. Die meisten Betroffenen bleiben ohne echte Chance auf einen Ausbildungsplatz. Für Jugendliche ohne Lehrstelle müssen daher vermehrt außer- und überbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.
- 80 (in Worten: achtzig) Heranwachsende im Alter zwischen 10 und 20 Jahren wurden 2015 in Bonner Krankenhäusern stationär wegen alkoholbedingter Verhaltensstörungen (Diagnose "Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol - akute Intoxikation", umgangssprachlich: Bewusstlosigkeit nach Komasaufen) behandelt. Auch die Streifen des Ordnungsdienstes im Rheinauenpark haben bei Kontrollen Minderjähriger in den Sommermonaten 38 Mal hochprozentigen Alkohol vernichtet.
- 2015 musste das Bonner Jugendamt für 360 Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre zu ihrem Schutz in Eil- und Notfällen vorläufige Maßnahmen in Form der sog. "Inobhutnahme" ergreifen und sie damit zu ihrem Schutz aus ihren Familien herausnehmen. Häufigste Anlässe waren Überforderung oder Beziehungsprobleme der Eltern. In 257 Fällen handelte es sich um

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. 97 von ihnen waren als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2014: 8) nach Bonn eingereist.

- Um 172% auf dann 2.852 stieg zum 31.12.2015 die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen in Bonn. Im Land NRW stieg deren Zahl nur um 160%. Die Ausgaben für sie betragen 2015 landesweit 1,21 Milliarden Euro netto.
- Mit einer Betreuungsquote von 32,0% aller Kinder im Alter bis zu drei Jahren lag Bonn am 1. März bei der Kindertagesbetreuung deutlich über dem Landesdurchschnitt von 25,7%. Die Quote lag aber unter der des Vorjahres (33,2 %), obwohl die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe nahezu konstant blieb.
- Auch an den Bonner Grundschulen unterrichten fast ausschließlich Frauen. Nur noch 65 Lehrer (7,7% aller Lehrkräfte) waren hier im Schuljahr 2015/2016 an den Grundschulen tätig. In Nordrhein-Westfalen lag ihr Anteil mit 8,7% ein wenig höher. An allen allgemeinbildenden Bonner Schulen betrug der männliche Anteil bei den Lehrkräften mit 3.197 wenigstens 28,3% (NRW 27,9%). Am höchsten lag er bei den Bonner Gymnasien mit 41,0%.

### Bonn auch hier top und flopp

Die Bundesstadt vereinigt als Sitz von Deutscher Telecom und Deutscher Post/DHL mehr als 100 Milliarden Börsenwert. Nach dem jährlichen Ranking des Bonner Beratungsunternehmens Simon-Kucher & Partner landet sie damit im bundesweiten Vergleich hinter München aber noch vor Leverkusen auf Platz zwei der Börsenliga. Auch bei den größten Kapitalvernichtern ist Bonn allerdings prominent vertreten, was das Städtische Presseamt lieber verschweigt. In der neuesten Rangliste der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) rangiert das einstige Vorzeigunternehmen Solarworld, das nur knapp einer Insolvenz entronnen ist, auf Platz drei. Seit 2010 ging der Kurs dieses Unternehmens um 99,5 Prozent in den Keller.

### OB musste sich korrigieren

Seine Behauptung, eine Aussprache zur Wahl von Beigeordneten sei im Rat in öffentlicher Sitzung nicht zulässig, musste OB Sridhahan auf Intervention des BBB im Nachhinein korrigieren. Die Gemeindeordnung gibt ihm als Sitzungsleiter tatsächlich kein Recht, eine Aussprache in öffentlicher Sitzung zu unterbinden.



### BBB für Videoüberwachung

Immer mehr Menschen in Deutschland legen sich einen Kleinen Waffenschein zu. Ende Oktober waren nach Mitteilung des Bundesinnenministeriums rund 449.000 dieser Waffenscheine für Schreckschusspistolen, Pfefferspray und Reizgas registriert. Das waren rd. 63% mehr als Oktober 2015. Auch in Bonn ist dieser Trend zu verzeichnen, da sich allen Beschwichtigungen der örtlichen Polizei zum Trotz auch hier die Bürger immer unsicherer fühlen. Das ficht Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa freilich nicht an, Bonn zur sicheren Zone zu erklären und Videoüberwachungen in der Bundesstadt für überflüssig zu halten. Der BBB und viele Bonner sehen das ganz anders. Die Wählervereinigung fordert seit Jahren vergebens für neuralgische Bereiche in Bonn mehr Licht, mehr Polizeipräsenz und mehr Videoüberwachung. Denn weder Hussein Khavari, der afghanische Mörder der Studentin Maria L. in Freiburg, noch der zeitweise untergetauchte Bulgare Svetoslav Stoikov (27), der eine junge Frau in der Berliner U-Bahn brutal die Treppe heruntertrat, wären ohne Videoaufnahmen identifiziert und so schnell verhaftet worden.

### Spitze beim Schuldenmachen

"Mit einer Pro-Kopf - Verschuldung von über 5.200 EUR zum Stichtag 31.12.2015 gehört die Bundesstadt Bonn nach wie vor zu den Städten mit den höchsten Schulden in der Bundesrepublik Deutschland ... **Alleine für Zinsaufwendungen der Investitions- und Liquiditätskredite zahlte die Stadt Bonn durchschnittlich für das Jahr 2015 über 94.700 EUR pro Tag.**"

(Bericht über das städtische Zins- und Schuldenmanagement 2015, S. 3)

# RATS-REPORT 03/16 **BBB**

## CDU, Grüne, FDP: So kommt Ihr nie zur schwarzen Null - Seid umschlungen Illusionen



Der Pleitegeier ist statt des Löwen Bonns neues Wappentier.



Diese Vier sind verantwortlich für die Talfahrt der Bonner Finanzen

Seit mehr als fünf Jahren soll der Haushalt der Stadt Bonn eigentlich schwarze Zahlen schreiben, wenn es nach den vollmundigen Ankündigungen der "Finanzexperten" Dr. Klaus Gilles (CDU) und Peter Finger (Grüne) ginge. Sie tragen seit 2009 gemeinsam mit ihren Fraktionen die Verantwortung für den städtischen Haushalt. Beide kündigten damals einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt erstmals für 2011 an, als das offensichtlich nicht klappte, dann aber für 2014. Die Fakten strafen sie erneut Lügen:

Jahresfehlbetrag 2013		Jahresfehlbetrag 2014	
Plan	- 57,8 Mio. Euro	Plan	- 43,0 Mio. Euro
Ergebnis	- 70,1 Mio. Euro	Ergebnis	-150,4 Mio. Euro

Der Grund für die Fehlprognose ist einfach erklärt. CDU und Grüne mieden dringend notwendige Sparmaßnahmen wie der Teufel das Weihwasser. Stattdessen steigerten sie Jahr für Jahr die Höhe der Kredite, die die Stadt aufnehmen musste, um bei den laufenden Ausgaben das Loch zwischen Einnahmen und Ausgaben zu stopfen. Von 338,8 Mio. Euro Schulden zu Beginn ihrer Koalition verdoppelten sie die Höhe der Liquiditätskredite per 30. September auf 728,7 Mio. Euro. Und sie haben vor, bis 2020 weiter auf Rekordjagd zu gehen und die Schuldenmarke dann auf 901 Mio. Euro zu steigern.

Unter der Regie des CDU-OB Ashok-Alexander Sridharan ist nichts besser geworden. Seine Ankündigung "Wir müssen an die Ausgabenseite ran. Ich glaube, dass wir in Bonn weniger ein Einnahme- als ein Ausgabe- problem haben", blieb bloße Wahlkampfretorik. Und so versinkt die Bundesstadt immer tiefer im Schulden-sumpf. Das zeigt schon der Vergleich der Zahlen, die 2014 und 2016 für die kommenden Jahre erwartet wurden:

### Haushalt 2015/2016 und Haushaltssicherungskonzept beschlossen am 07.05.2015

Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
- 70,6	- 71,2	- 41,3	- 41,2	- 8,0	3,9	24,6	32,6	52,1

### Haushalt 2017/2018 und Haushaltssicherungskonzept vom 08.12.2016

Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
-97,8	-45,7	-62,6	-30,5	1,5	7,2	16,6	33,9

Obwohl sich die jährlichen Defizite im Vergleich zu den früheren Prognosen bis 2020 deutlich verschlechtern, soll weiter im Jahr 2021 die schwarze Null erreicht werden. Das glaube, wer das will. Selbst Dr. Gilles (CDU) glaubt nicht mehr daran, denn er sprach in seiner Haushaltsrede nur noch von der "Hoffnung", bis dahin zum Ausgleich zu

kommen. Die hatte er aber auch schon 2009 gehabt. Die Illusion, 2021 die schwarze Null zu schreiben, wird nur aufrechterhalten, um die Kommunalaufsicht im fernen Köln hinters Licht zu führen und den Bonnern zur Kommunalwahl im Jahr 2020 Erfolge vorzugaukeln. Für den BBB ist dieses Finanzgebaren der Koalition Untreue zulasten der Bürger.

## Ausschreibung der Werberechte endet mit Flop



Ende 2011 hatte nur die **BBB**-Fraktion im Stadtrat darauf bestanden, das Recht zur Kündigung des bestehenden Werberechtsvertrages für die städtischen Flächen auch zu nutzen und die Konzessionen neu auszuschreiben. Die Mehrheit entschied, den Vertrag mit dem alten Partner zu leicht verbesserten Konditionen bis 2016 weiter laufen zu lassen. Zwar bot der Vertragspartner, um im Geschäft zu bleiben, damals mit 1 Mio. Euro eine Erhöhung der bis dahin gezahlten Pacht von rd. 760.000 Euro an. Da aber die Stadt Wiesbaden kurz zuvor für ihr Stadtgebiet bei einer vergleichbaren Ausschreibung 2 Mio. Euro herausgeholt hatte, war dies dem **BBB** nicht genug. Der Zeitpunkt für eine Neuausschreibung erschien dem **BBB** auch gut. Damals tobte noch ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den beiden Werbe-Multis um zusätzliche städtische Werbekonzessionen, und der Vormarsch der neuen digitalen Werbemedien hatte erst begonnen. Jetzt erfolgte die Ausschreibung in einem veränderten Umfeld. Und das Ergebnis war niederschmetternd. Statt höherer Einnahmen, wie erhofft, wurde mit knapp 1 Mio. Euro noch weniger geboten, als bisher schon gezahlt. Das bedeutet ca. 800.000 Euro weniger, als im Entwurf des Haushalts für 2017 veranschlagt, und noch einmal ca. 650.000 Euro weniger, als für 2018 eingeplant. Auf die gesamte Vertragszeit von 15 Jahren beträgt die Abweichung ca. 5 Mio. Euro. Kommentar des **BBB**: Wer den Markt nicht kennt und zu spät ausschreibt, den bestraft das Leben.

## Nur verstärkter Personaleinsatz bringt auch mehr Sicherheit



Nur mehr Präsenz von Polizei und Ordnungskräften vor Ort, wie von der **BBB**-Fraktion wiederholt gefordert, hilft, die Zahl von Straftaten zu verringern und Sachbeschädigungen wirkungsvoll zu bekämpfen. Das beweist erneut der Bericht der Stadtverwaltung über ihre Kontrollen im Rheinauenpark in diesem Sommer. Von Mai bis September wurden in den Abendstunden bis nach Mitternacht motorisierte Doppelstreifen des Ordnungsdienstes eingesetzt, um im zentralen Bonner Erholungspark nach dem Rechten zu sehen und dort für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Erneut musste allein 805 Mal gegen Autos und Zweiräder eingeschritten werden, die verbotswidrig durch den Park fahren. 189 Feuerstellen mussten gelöscht und 29 Grills auf befestigte Flächen umgesetzt werden, um Beschädigungen der Grünanlagen zu verhindern. Und bei 578 Kontrollen im Rahmen des Jugendschutzes wurden anschließend 38 Mal zum Teil hochprozentiger Alkohol und 39 Mal Zigaretten vernichtet, da deren Konsumenten dafür zu jung waren.

## Ist das Bürgerbeteiligung?

Der Investor, der das Bonn-Center erworben hat, sollte auf einer Bürgerversammlung seine Planung vorstellen. Er will die bisherige Baumasse dort verdoppeln und plant ein 100-Meter hohes Hochhaus. Der Antrag des **BBB**, die betroffenen Anwohner mit einem Bürgerbrief zu der Veranstaltung einzuladen, wurde von CDU, Grünen und FDP abgelehnt. Die Verteilung der Einladung übernahm darauf der **BBB** selbst und sorgte so für ein volles Haus, bei dem die Anwohner ihren Unmut über die extreme Verdichtung in ihrer Nachbarschaft äußerten.

## OB hält Versprechen nicht:

"Wir werden ein Hallenkonzept erarbeiten, bei dem auch private Hallen ab 200 Plätzen mitbetrachtet werden", kündigte OB Sridharan im Dezember 2015 an. Die Wirtschaftsförderung, die für dieses Konzept zuständig ist, gehört zu seinem eigenen Dezernat. Da sich seither nichts tat, gab es im Wirtschaftsausschuss zuletzt heftigen Krach auch mit den Vertretern der Koalition. "Die Verwaltung hat bisher vielfältige Ausreden präsentiert. Wir können uns nicht weiter verträsten lassen", schimpfte Vorsitzender Guido Déus (CDU). Jetzt leistete der OB den Offenbarungseid und stellte im Haushalt 50.000 Euro für einen externen Gutachter ein. Der soll ihm das Konzept, das er selbst nicht schafft, wenigstens im nächsten Jahr liefern.

## Filialnetz seit 2010 halbiert

Die Sparkasse KölnBonn zieht sich weiter aus dem Bonner Stadtgebiet zurück. Nachdem sie schon 2010/2011 12 ihrer Filialen im Bonner Stadtgebiet geschlossen hatte, sollen jetzt weitere 7 folgen. Damit verbleiben von einst 43 Bonner Filialen nur noch 24. Die dagegen gerichteten Anträge des **BBB** stimmte die Mehrheit im Rat und in den Bezirksvertretungen nieder. Der **BBB** lehnte daher seinerseits in der Verbandsversammlung die Entlastung des Sparkassen-Vorstands ab.

## Verstorbener soll vernommen werden Rechtsdezernent blamiert sich

Einen peinlichen Abgang aus seinem Dienst zum Jahreswechsel bereitete sich FDP-Rechtsdezernent Rüdiger Wagner. Zu den wichtigsten Aufgaben dieses Beigeordneten gehörte es in den letzten Jahren, die Rechtsstreitigkeiten, die die Stadt rund um den WCCB-Skandal führt, juristisch vorzubereiten und zu begleiten. Dazu gehört auch der Prozess, in dem die Stadt vom südkoreanischen Investor Kim und anderen Beklagten, die bereits strafrechtlich verurteilt worden sind, zivilrechtlich Schadensersatz verlangt. Auf Antrag der Bundesstadt Bonn soll in diesem Zusammenhang am Mittwoch, dem 11. Januar 2017 um 13 Uhr im Landgericht im Saal S 1.07 Werner Esser als Zeuge vernommen werden. Der ehemalige SPD-Stadtverordnete ist am 13. September 2015 unter tragischen Umständen verstorben. Für den **BBB** ist diese Peinlichkeit ein Beweis mehr, wie schlampig der WCCB-Skandal von der Stadtverwaltung aufgeklärt wird.

## Wohnsitz Bonn nicht attraktiv?

Zu Zeiten, als Bonn Bundeshauptstadt war, wäre es unvorstellbar gewesen, dass städtische Beigeordnete nicht mit ihrer Familie in Bonn lebten und hier auch ihren festen Wohnsitz hatten. Nur wer in und mit "seiner" Stadt auch privat lebt, lernt ihre Bewohner und die Probleme der Stadt auch aus täglicher Anschauung wirklich kennen. Darüber bestand einst Einvernehmen in allen politischen Lagern. Die Zeiten ändern sich. Die politisch Verantwortlichen, die mit ihrer Mehrheit Beigeordnete wählen, ebenfalls. So pendeln heute drei dieser Top-Beamten der Stadt täglich zur Arbeit nach Bonn ein oder sie zieht es zumindest am Wochenende aus Bonn fort in ihre wahre Heimat. Daher wundert es nicht, dass der Feuerwehrdezernent trotz Großalarm nicht vor Ort war, als am 17. Dezember 2016 mehr als 140 Einsatzkräfte ein schreckliches Feuer in einem Kessenicher Altenheim mit Todesfolge bekämpften.

## BBB fordert: Franken- und Kurfürstenbad sanieren und erhalten



Zwei Monate Zeit, die maximal zulässige Frist, nimmt sich Bonns CDU-OB Ashok-Alexander Sridharan, um die ihm am 22. November überreichten 13.041 Unterschriften des Bürgerbegehrens, das sich gegen die Schließung von Franken- und Kurfürstenbad richtet, auszuwerten und dessen Zulässigkeit zu prüfen. Mitarbeiter versichern glaubhaft, dass die Prüfung der Unterschriften binnen 14 Tagen zu erledigen wäre. Zwischenzeitlich lässt der CDU-OB mit Macht von seinem willfährigen Erfüllungsgehilfen, Stadtwerke-Chef Peter Weckenbrock, die Vorbereitung zum Bau des neuen Bades neben dem Heizkraftwerk-Süd vorantreiben. Obwohl eine Bauvoranfrage mangels Planungsrecht keinen Erfolg hatte, wurde bereits ein kostenträchtiger Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Alles dient allein dem Ziel des CDU-OB, den kommenden Bürgerentscheid mit bunten Bildern seines Traumbades zu seinen Gunsten entscheidend beeinflussen zu können. Der **BBB** vermisst beim Geschäftsführer der Stadtwerke die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns, denn der Bürgerentscheid könnte ja auch die Sanierung der bestehenden Bäder erzwingen, und bei dem CDU-OB das notwendige demokratische Grundverständnis zum Umgang mit Bürgerbegehren, die ihm nicht passen. Mit dem neuen Bad will er 2020 seine Wiederwahl sichern.

*BBB:* Das ist ein Skandal

## Beethovenhalle auch nach Luxus-Sanierung nicht barrierefrei



Auch nach der von CDU, Grünen und FDP beschlossenen Luxus-Sanierung wird die Beethovenhalle für Besucher von Veranstaltungen nicht barrierefrei sein. Das räumte kürzlich bei einem Rundgang des Unterausschusses Denkmalschutz der Vertreter des Planungsbüros ein, als er danach gezielt vom **BBB** befragt wurde. Die Empore, die nach Meinung vieler Konzertbesucher besonders gute Plätze bietet, wird auch nach der Sanierung nicht mit einem Fahrstuhl vom Foyer aus zu erreichen sein. Wer nicht mehr so gut zu Fuß ist, muss sich weiter entweder mühsam die Treppen nach oben quälen oder auf diese Plätze verzichten müssen. Dafür wird es künftig hinter der Bühne für die Mitarbeiter der Hallenverwaltung, für Solisten und Orchester umso angenehmer und bequemer per neuem Fahrstuhl hinauf und hinunter gehen. Für den **BBB** ist es ein Skandal, dass der Bonner Stadtrat diese von CDU-Stadtdirektor Wolfgang Fuchs vorgelegte Planung abgesegnet hat. Für den **BBB** muss die Beethovenhalle nach ihrer Luxus-Sanierung nicht nur für Künstler und Musiker, sondern auch für ihre Besucher barrierefrei zugänglich sein.